

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehnzig Groschen. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einige älteste und geleseneste Zeitung von Laurahütte-Siemianowiz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-gesparte mm=31 für Polnisches Oberchl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 8-gesparte mm=31 im Reklameteil für Poln.-Oberchl. 20 Gr., für Polen 20 Gr. Bei gerichtl. Beitrreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Fernsprecher Nr. 501

Nr. 190

Dienstag, den 3. Dezember 1929

47. Jahrgang

Die Ostreparationsfragen gelöst

Einigung über die Liquidation der Vergangenheit

Paris. Wie "Petit Parisien" zu berichten weiß, hat der Youngauschuss für den abgetretenen Staatsbesitz als letzter der im Haag eingezogenen Ausschüsse am Sonnabend seine Arbeiten beendet. Er wird nur noch einmal am Dienstag zusammenkommen, um den Schlussbericht zu genehmigen, der dann dem Präsidenten der Haager Konferenz, Japan, übermittelt wird.

Der Ausschuss hatte entsprechend dem Artikel 147 des Youngplanes verschiedene Fragen der Verrechnung unter die Alliierten insbesondere die Forderungen und Schulden im Zusammenhang mit dem

abgetretenen Staatsbesitz und den Befreiungsschulden-

verschreibungen,

die die Reparationskommission eingesetzt hatte, zu lösen. Der Ausschuss hat ebenso wie der Ausschuss

zur Liquidierung der Vergangenheit

und der Ausschuss für Ostreparations infolge der fehlenden Einigung mit Ungarn einige Fragen offen gelassen, die im Haag behandelt werden müssen.

Dem "Petit Parisien" zufolge, sind folgende Fragen entschieden worden:

1. Die Schulden Rumäniens und Südmaliens hinsichtlich des abgetretenen ehemaligen Staatsbesitzes und der Reparationsobligationen werden gegenseitig aufgeteilt.

2. Rumänien behält seinen unveränderten Anteil an den ungarischen und bulgarischen Reparationen. Der Anteil Südmaliens

wiens dagegen wird von 10 v. H. auf 2 v. H. ermäßigt, um die Vorausleistungen auszugleichen, die es bisher als Naturalleistungen erhalten hatte. Dieser Herabsetzung ist bisher von dem südlawischen Vertreter nicht zugestimmt worden.

3. Griechenland erhält zur Deckung seiner Kriegsschulden Beträge aus den Ostreparations, in denen der Anteil der übrigen Gläubiger mit Ausnahme Rumäniens herabgesetzt wird.

4. Die Befreiungsschuld der Tschechoslowakei wird auf Jahresleistungen zu je 11 Millionen Mark festgesetzt.

5. Um einen gewissen Ausgleich für diese Schuldenzahlung zu erhalten, hat die Tschechoslowakei verlangt, dass man ihr einen Anteil an den Ostreparations zuerkenne. Rumänien hat sich sofort hierzu bereiterklärt. Wahrscheinlich wird Südmalien, dessen Vertreter in dieser Frage keine Vollmacht hatte, ebenso handeln.

Alle diese Entscheidungen sind unter dem Vorbehalt der Großmächte und der kleinen Entente getroffen worden, dass der Youngplan und die Regelung der nichtdeutschen Reparationen, also der bulgarischen und ungarischen, angenommen werden. Da die Annahme durch die bulgarische Regierung als sehr wahrscheinlich angenommen wird, hängt alles von Ungarn ab.

Die Großmächte haben sich erboten, auf ihre Ostreparations nach 1943 zugunsten der Mächte der kleinen Entente zu verzichten, um die ungarischen Forderungen zu decken.

Die zweite Zone vollkommen frei

Koblenz. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete teilte dem Oberbürgermeister von Koblenz mit, dass die Volksstaatserklärung in Paris, die bisher noch nicht ausgehobenen Besatzungsordnungen nun mehr ausgehoben habe. Damit ist die bisher noch bestehende Einschränkung für die zweite Zone des besetzten Gebietes gefallen, so dass diese Zone nunmehr sowohl militärisch als auch politisch und juristisch geräumt und als frei anzusehen ist.



Die Tricolore wird eingezogen!

Am 30. November, am letzten Tage der Räumung der zweiten Zone verschwand die französische Tricolore von der Festung Ehrenbreitstein, auf der sie 11 Jahre geweht hat.

Der mandschurische Konflikt

Der chinesische Außenminister über die Verhandlungen zwischen Moskau und Peking.

Peking. Außenminister Wang gab eine Erklärung über die Verhandlung zwischen Moskau und Peking ab, in der er betonte, dass er zu dem Abkommen zwischen Peking und Moskau vorläufig keine Stellung nehmen könne, da er noch nicht den Bericht Tschanghsuiliangs über seine Verhandlungen mit der Sowjetregierung erhalten habe. Auf jeden Fall hoffe er, dass Tschanghsuiliang nur in dem Rahmen gehandelt habe, der ihm von der chinesischen Regierung vorgeschrieben worden sei. Die chinesische Regierung sei davon überzeugt, dass der Streit im Interesse beider Länder beigelegt werden müsse unter der Bedingung, dass die chinesischen Interessen an der Ostbahn nicht preisgegeben würden. Bei den neuen Verhandlungen werde die chinesische Regierung verlangen, dass das Pekinger und Pudener Abkommen abgeschlossen werde, indem die Ostbahn unter die Kontrolle des chinesischen Staates gestellt werde.

Karakhan bei Stalin

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der Stellvertreter des Außenkommissars Karakhan am Sonnabend aus Berlin in Moskau eingetroffen. Er hat sich sofort zu Stalin begaben, um ihm Bericht über seine Verhandlungen in Berlin und in Wiesbaden zu erstatten.

Ein Petroleumzug in Flammen

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist in der Nähe von Noworossijsk ein Petroleumzug in Brand geraten. Es wurden 17 Petroleumbehälter in Brand gesetzt. Im Augenblick des Ausbruchs des Brandes befand sich der Zug auf einer Holzbrücke, die ebenfalls von den Flammen ergriffen wurde und schließlich zusammenbrach, so dass der Rest des Zuges in die Fluten stürzte. Nach einer ambulanten Verlautbarung über das Unglück sind diejenigen auch mehrere Menschen zum Opfer gefallen, darunter auch der Leiter der Eisenbahntruppen der russischen Armee, Grigoriow, der sich zusätzlich in dem Zug befand.

Mitrumensantrag gegen das Kabinett Switalski

Warschau. Wie die Presse berichtet, ist in einer Führersitzung des oppositionellen Blocks Zielonow beschlossen worden, den Mitrumensantrag gegen das Gesamt-Kabinett Switalski schon am Tage der Sitzung, d. h. am 5. Dezember, einzubringen. Der Antrag wird mit 150 Unterschriften versehen sein. Da man sich nicht auf einen gemeinsamen Vertreter einigen konnte, sollen die Vertreter sämtlicher 6 Blockparteien zum Antrag das Wort erhalten.

Tardieu's Vorbereitungen für die Haager Konferenz

Paris. Ministerpräsident Tardieu hatte Sonnabend erneut eine vierstündige Unterredung mit Außenminister Briand, in der die Haager Fragen behandelt wurden, die mit der zweiten Haager Konferenz im Zusammenhang stehen. Tardieu unterhielt sich ferner mit dem Präsidenten der französischen Staatsbank, Moreau, und dem Abg. Garnier, die ihn gebeten hatten, Meinungsverschiedenheiten zu schlichten, die zwischen dem Präsidenten der Staatsbank und dem Generaldirektor der Schuldenverwaltung entstanden waren. Voraussichtlich wird die Vorbereitung der zweiten Haager Konferenz noch eine Reihe von Absprachen unter den französischen Ministern erforderlich machen. Grigoriow, der sich zusätzlich in dem Zug befand.

